

08. 05. 73

Berichtigung

zum Bericht und Antrag des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (16. Ausschuß)

**über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu
dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die
Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksachen 7/153, 7/500 —**

1. Auf Seite 5, linke Spalte, ist vor die 4. Zeile von unten einzufügen:

„Zur Begründung ihrer Ablehnung des Antrags des Abgeordneten Jäger (Anlage 2) waren die Koalitionsfraktionen der Meinung, daß die im Antrag genannten Forderungen durch die Bundesregierung und die sie tragende Koalition ohnedies erfüllt seien. Der Antrag stelle die erklärte Haltung der Bundesregierung in Frage und werde aus diesen Gründen von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Gradl (Anlage 3) wurde von der Ausschlußmehrheit abgelehnt, weil sich der Ausschuß im Hinblick auf die Berlin-Klausel der Auffassung der Bundesregierung anschloß, wonach die in das Vertragsgesetz zum Verkehrsvertrag aufgenommene Abweichung von der üblichen Formulierung durch den Abschluß des Grundvertrages überflüssig geworden sei.

III. Minderheitsauffassung"

2. Auf Seite 5, rechte Spalte, entfällt die bisherige Überschrift zu III.

Bonn, den 8. Mai 1973

Heyen Jäger (Wangen)
Berichterstatter